

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 1909. Postcheckkonto Berlin Nr. 904 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.)

NUMMER 311 B

BERLIN • Mittwoch, den 1. Februar 1933

2. JAHRGANG

Es ist so weit! Die Arbeiter haben keine Zeit zu verlieren!

W-er. Die wichtigste Tat der Hitler-Regierung war zunächst die Veranstaltung von Fackelzügen, die außer in Berlin auch in mehreren Orten Deutschlands stattfanden; in Berlin war der SA und dem „Stahlhelm“ sogar gestattet worden, mit ihren Fackeln durch die Baumheile, durch das Brandenburger Tor zu ziehen. Vielleicht haben sie nicht daran gedacht, daß Kapp und Lüttwitz im März 1920 durch dasselbe Tor einzogen, um eine Regierung ungenügend nach jetzigem Muster zu bilden. Der damalige Versuch wurde allerdings von der Arbeiterschaft sofort mit gebührendem Schwung innerhalb von acht Tagen liquidiert.

Ueber die Aktionen und Aufrufe der Gegner der jetzigen Regierung berichten wir zusammenhängend an anderer Stelle, wenigstens soweit es sich um beachtenswerte Stimmen wirklicher Gegner des Hitler-Faschismus handelt. Diese Stimmen erscheinen uns — wir müssen dies hier leider öffentlich feststellen — als ein Abbild der

politischen und moralischen Verwirrung der gesamten Führerschaft jener die Aufrufe veranlassenden Organisationen.

Wir wieder und wieder festgesetzt haben — die Gefahr einer drohenden Hitler-Regierung von den meisten nicht rechtzeitig erkannt worden ist. Wie eine beachtenswerte Korrespondenz mitteilt, ist der Regierungsantritt Hitlers nur für Eingeweihte keine Überraschung gewesen. Wir sind selbstverständlich nicht verdächtig, zu Hitler-Kreisen intime Beziehungen zu haben, trotzdem waren wir von der Berufung Hitlers nicht überrascht. Solange nämlich keine Regierung die entscheidende Uebel der heutigen Zeit, die Arbeitslosigkeit, die furchterliche Not nicht nur des ausgesprochenen Proletariats, sondern auch großer Teile des sogenannten Internationals behebt, solange ist die Gefahr einer Hitlerregie Berlin-Brandenburg.

Was heißt hier Hitlerrei? Das heißt, daß die große Macht der Hitler-Bewegung nicht unbedingt an der Person Adolf Hitlers hängt. Das heißt vielmehr, daß in einem so übersteigert romantischen und im Grunde verbildeten Volk wie dem deutschen die materielle Not der Zeit ein moralisches und geistiges Chaos auslöst. Die konsequente organisatorische Zusammenfassung dieses Chaos stellt die NSDAP dar. Beweis: Hitlers Buch „Mein Kampf“, die Parteireden führender Nationalsozialisten in der Öffentlichkeit, die Organisation und Verherrlichung von Fememorden und vieles andere.

Dieser Bewegung kann nur das Wasser abgegraben werden durch eine entschieden vernünftige, sozialistische Politik, die allen Ausgebeuteten, und zwar Arbeitern, Bauern (nicht den Landwirten, sondern den Bauern, die von ihrer Hände Arbeit leben und nicht besser leben als die Proletarier) und proletarisierten Beamten und Mittelständlern ein würdiges und freies Dasein garantiert.

Der Fehler der großen deutschen Arbeiterbewegung, die von Marx soziologisch und von Nelson philosophisch hätte lernen sollen und können, war es, die Augen vor den etwas tiefer liegenden Hintergründen zu verschließen.

Lange Zeit hindurch glaubte man, wir wiederholen, das glauben auch die historischen Materialisten: die Kräfte von Irrsinnigen dadurch zu bändigen, daß man sie der Umgebung, die nicht viel weniger irrsinnig war, als Irrsinnige denunzierte. Der Versuch, eine verzweifelte Menschenmasse durch Bewitzelung ihrer törichten Forderungen zur Vernunft zu bringen, oder der noch viel lächerlichere Versuch, einer organisierten Mördergruppe durch Anstandsreden begegnen zu wollen, mußte für Politiker, die Ereignisse gern von vorn und nicht nur „von hinten photographieren“, ausgeschlossen sein. Die großen Organisationen der Arbeiter und auch die bürgerlichen Hitler-Gegner begnügten sich im Grunde damit.

Jetzt festzustellen, daß Hitler sein Ziel erreicht habe, und daß Hindenburg ihn ins Amt gerufen hat. Als wir im November diese Taten Hindenburgs klar voraussagten, lächelten manche organisierten Arbeiter; nur Herr Melcher, der besser Bescheid wußte, verbot unsere Zeitung, weil sie „Hindenburg böswillig verächtlich gemacht und beleidigt“ hatte.

Nun ist die neue Situation da. Die „Vossische Zeitung“ fragt naiv: „Was hat sich seit dem 13. August und dem 24. November geändert? Welche Garan-

tionen bestehen, daß der nationalsozialistische Führer die Macht, die ihm übertragen worden ist, nur im Rahmen der Verfassung und auf dem Boden der Rechtsordnung ausüben wird?“ Nicht viel hat sich geändert; die alte Not ist größer geworden, und die Phrase stieg im Kurs! Garantien? Siehe Frick vor der Presse!

Herr Wolff im „Berliner Tageblatt“ ist noch naiver: Er schließt mit Morgenstern „messerscharf, daß nicht sein kann, was nicht sein darf“, und stellt demgemäß fest: „Diese Regierung muß ... verschwinden oder sofort zu Neuwahlen schreiten, wenn sie die in der Verfassung vorge-

des Wortes, dieses Volk kriegt jetzt eine Regierung zu spüren, von der Menschen, die den Anspruch erheben, zu denken, es leicht hätten befreien können. Die Dekadenz des deutschen Bürgertums hat hier ihre verdiente Strafe erhalten.

Ebenso die Organisationen der Arbeiterschaft; denn daß die Befreiung der Arbeiter nicht von Liberalen ausgehen kann, von denen Wolff in treffender Selbstironie gelegentlich behauptet hat, sie seien liberal im Denken und konservativ in Geldfragen, ist längst theoretisches Gemeingut aller politischen Arbeiterführer.

Das Ausland über die Hitler-Regierung.

Die bürgerliche Presse des Auslandes nimmt die Nachricht von Hitlers Kanzlerschaft jetzt weit ruhiger auf, als es noch vor einigen Monaten der Fall gewesen wäre. Man hat — vor allem seit Papens Tötung — so viele Dinge erlebt, daß man sich nicht mehr über die Ernennung Hitlers zur neuen Regierung zum Außenminister aufregen kann. Neurath, Blomberg und Papen gesetzt, die von Geisler her bekannt sind. Fast überall wird ein gewisser Schadenfreude bemerkt, jetzt würde man sehen können.

„ob Hitler ein Held oder ein Charlatan“ sei, wie „Daily Express“ sich ausdrückt. Außerdem sei vorzuzusehen, „daß die Mitglieder der Reichsregierung sich gegenseitig auffressen“ („Matin“). Die wahre Macht habe sicherlich nicht Hitler („Liberté“), er werde sich voraussichtlich zugrunde richten („Petit Parisien“). „Temps“ faßt die Lage so zusammen:

„Mit der Uebernahme der Regierung durch Hitler wird in Deutschland eine Zeit beginnen, in der die Türen allen Abenteuerern weit geöffnet ist.“

Der neue französische Ministerpräsident, Daladier, erklärte, die außenpolitischen Schwierigkeiten würden immer größer, man dürfe die Ernennung Hitlers nicht als nebensächliche Angelegenheit betrachten.

Englische Blätter erwähnen, und der amerikanische Abgeordnete Fish betont ausdrücklich, daß Hitler ein starkes Bollwerk gegen den Kommunismus bildet.

„Telegraph“, das Blatt des tschechischen Außenministers Benesch, schreibt, Hitlers Ernennung treibe die Dinge auf die Spitze, schon jetzt könne man auf Entscheidungen schwerster Art gefaßt sein.

Das linksbürgerliche „Neue Wiener Extrablatt“ schreibt unter der Ueberschrift: „Sieg der Intrige“: „Es war aber kein ehrlicher frisch-fröhlicher Kampf um die Macht, sondern ein Frosch-Mäuse-Krieg der Privilegierten und Besitzenden, die schließlich in Hitler ein brauchbares Aushängeschild fanden.“

Die „Baseler Nationalzeitung“ erklärt: „Im wesentlichen lautet jetzt das einzige deutsche Zukunftsprogramm: Wird Hitler die alte Rechte zermürben oder wird diese Hitler als Werkzeug zu gebrauchen wissen? Die zweite Deutung ist die wahrscheinlicheren, denn hier steht eine herrschgewohnte Klasse neben einem Demagogen, der sein Minderwertigkeitsgefühl durch Selbstüberschätzung erfolgreich kompensiert.“

Werden die neuen Deutschen der internationalen Demokratie gegenüber sich als wahre Verbündeten?

Wiele Stimmen, so „Daily Telegraph“ und „Times“ der Ansicht sind, daß die Stellung der neuen Regierung zum Versailler Vertrag u. a. w. sich nicht wesentlich von der ihrer Vorgänger unterscheiden würde und auch in Polen behauptet wird, daß es heute bereits gleichgültig sei, wer in Deutschland am Ruder sei, die vor allem gegen Polen gerichteten Revisionsbestrebungen würden von jeder nationalistischen Deutschen Regierung verfolgt werden, schon andere Blätter in der Ernennung der neuen Regierung eine erhebliche Verschärfung der internationalen Beziehungen. „Daily Mail“ schreibt:

„Heute sind alle Kräfte in Deutschland vereinigt, die entschlossen sind, den Versailler Vertrag zu zerreißen und Deutschland zu einer Macht, die fähig ist, Europa ihren Mark, fürzuzwingen, zu machen. Frühere Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten sind vergessen in dem gemeinsamen Ziel: Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete in dem Geiste der Worte Hindenburgs: „Was einmal deutsch war, ist immer deutsch.“

In Italien wird die neue Regierung selbstverständlich mit größter Herzlichkeit begrüßt. Im „Giornale d'Italia“ schreibt Gayda, Deutschland kehre zu seinen nationalen Werten zurück.

Auch in Moskau wird die Lage in Deutschland natürlich mit großem Interesse verfolgt. Die Einigung der Nationalsozialisten, des „Stahlhelm“, und der Deutschen Nationalen Volkspartei sei — so heißt es — das größte politische Ereignis in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands. Das Triumvirat Hitler, Hugenberg und Papen sei eine schwere Gefahr für die marxistischen und kommunistischen Bestrebungen des deutschen Proletariats.

Die KPD stehe jetzt vor großen politischen Aufgaben. Sie müsse eine Mauer gegen die neue Regierung bilden und die Massen des deutschen Proletariats an sich reißen. Die KPD müsse jetzt beweisen, daß sie eine revolutionäre Partei sei.

schrlebene Zustimmung der Mehrheit nicht erlangt.“ Oder? Siehe Italien und Bulgarien!

Die „Vossische Zeitung“ schreibt weiter: „Die Hauptverantwortung trägt vor der Geschichte der Reichspräsident von Hindenburg...“ An diesem Ausspruch sieht man, wer die wirkliche Schuld trägt.

Diese Schuld trägt die gesamte linke und freiheitliche Bevölkerung Deutschlands, die sich in dem Wahn wälzte, Ruhe und Ordnung könnte von einem Reichspräsidenten ausgehen, selbst wenn in dessen Land auch die mindesten Grundzüge von Recht und Gerechtigkeit ungestraft jeden Tag millionenmal mit Füßen getreten werden dürfen. Diese Schuld trägt eine Geisteshaltung, die sich bei Wolff zeigt: „Daß man Hitler einmal die Regierung überlassen werde, und daß das deutsche Volk auch noch durch eine solche Periode hindurch müsse, mit diesem Gedanken hatten sich allmählich auch die Widerstrebenden vertraut gemacht.“

Und dieses Volk, von dem Wolff in großer Bescheidenheit feststellt, daß es stolz war auf die Freiheit des Denkens und

Die Mission des „Funken“ ist der Versuch, der seit langem drohenden akuten Hitler-Gefahr eine geschlossene Front der Arbeiterschaft entgegenzustellen, eine Einheitsfront mit dem entschiedenen Willen zur gemeinsamen Aktion

und mit dem ebenso entschiedenen und aufrichtigen Willen, nach der Abwehr der unmittelbar drohenden Uebernahme der Macht durch Hitler zu einer konsequenten Verständigung über den Aufbau eines sozialistischen Staates

zu gelangen. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen und längst nicht immer vergeblich (wie der heutige Bericht eines unserer Genossen aus Paris beweist), daß die Einigung der Arbeiterschaft nicht erst dann in Angriff genommen werden dürfe, wenn Hitler im Besitz der Staatsmacht sei. Die Proklamationen der Arbeiterführer gegenüber der Hitler-Regierung zeigen sogar heute noch, daß die moralische Bereitschaft zu einer Einigung noch nicht vorhanden ist. Aus den Aufrufen des ADGB, der SPD, des „Vorwärts“ und der KP geht zwar der mit deutlichen und anständigen Wor-

ten geäußerte Wunsch nach einer Einheitsfront aller Arbeiter hervor.

Keiner aber tut den entscheidenden Schritt und schreibt einen Brief an die Führung der anderen Gruppe mit der Bitte, die drohende Gefahr wenigstens jetzt in einer gemeinsamen und ordentlichen Aussprache zu erörtern und Maßnahmen gegen sie zu beschließen. Jeder beeilt sich, zuerst auf dem Plan zu stehen mit einem Aufruf, gleichsam um zu zeigen, daß er der Tüchtigere ist, sodaß also er verdient, daß die Arbeiter ihm nachlaufen. Die SPD verbrämt diesen parteipolitischen Gesichtspunkt sogar so weit, daß sie auffordert: „Her zur Eisernen Front!“, als wenn die Eisernen Front nicht wenigstens theoretisch etwas anderes ist als die SPD. Das Ergebnis dieser Aktionen bleibt vorerst also:

Es bleibt alles beim alten;

die einzelnen Genossen werden verwirrt; nicht einmal jetzt einigen sich die Inhaber der Kommandohöhen in der Arbeiterschaft — dies ist die beste Untermauerung der Hitler'schen Regierungsmacht.

Unser Vorschlag für die Behebung der Krise

der Arbeiterschaft ist so einfach, daß es keinen Menschen gibt, der ihn nicht verstehen kann. Es handelt sich hier um genau die gleiche Tatsache, wie Karl Radek sie feststellte, angesichts der vergeblichen Versuche Karl Liebknechts, die Kriegsgegner unter den deutschen Arbeiter-

führern im Jahre 1914 zu einer gemeinsamen Aktion zu gewinnen. Radek urteilt mit Recht, leider nur in einer persönlich-menschlichen Erklärung, über diesen Fall: „Es zeigte sich, wie sehr letzten Endes der Zusammenbruch der Führerschaft ein moralisches Problem war.“

Wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß dieses moralische Problem gelöst wird, und zwar so, daß jeder Hitler-Gegner, an welcher Stelle er auch stehe, darauf dringt, den deutschen Führern der Arbeiterschaft die Notwendigkeit des einheitlichen Vorgehens wieder und immer wieder einzuhammern. Diese Forderung muß jeder Arbeiter so intensiv in seinem Herzen großziehen, und, vor allem: er muß sie mit einer solchen Beharrlichkeit überall vorbringen, wie die Trappisten es angesichts ihres einzigen Lebenszieles tun. Es ist dies ein Orden, dessen Mitglieder ein Gelübde abgelegt haben, nichts zu sprechen außer dem gegenseitigen Gruß „Gedenke des Todes!“ Mit nicht viel weniger Eifer muß von deutschen Arbeitern gegenüber andern die Forderung vertreten werden:

Denk an die Einheitsfront!

Wer hierbei nicht hilft, hat dazu beigetragen, die deutsche Arbeiterschaft zu vernichten. Er ist ein Helfer der Hitler's; er hat sich seines Denkens und seiner freien Tätigkeit beraubt zu Gunsten eines lähmenden fatalistischen Dahinvegetierens.

Keine Regierungsbeteiligung der französischen Sozialisten.

Nach langen Verhandlungen der sozialistischen Kammerfraktion mit Daladier und der sozialistischen Abgeordneten miteinander nahm die Fraktion eine Entschliefung an, in der festgestellt wird,

daß eine Einigung nicht nur über keinen einzigen Punkt des Programms gefunden werden konnte, sondern daß auch die finanzpolitischen Absichten der Regierung nicht den vom Finanzausschuß der Kammer ausgearbeiteten Plan entsprechen. Die Fraktion sei mehr denn je entschlossen, gegen die Kräfte der Rechten an der republikanischen Mehrheit festzuhalten.

Die Sozialisten haben sich grundsätzlich zur Mitarbeit in der Regierung bereit erklärt, aber dafür die gleichen Bedingungen gestellt, die sie bereits Herriot und Paul-Boncour gegenüber vorgebracht hatten. Trotz der fünf Ministersessel, die ihnen von Daladier angeboten wurden — darunter der des Justizministers, der stellver-

tretender Ministerpräsident ist — haben die Sozialisten an diesen Forderungen festgehalten. Der rechte Flügel der Fraktion, unter Führung von Renaudel, trat für die bedingungslose Mitarbeit in der Regierung ein, damit das Zustandekommen einer nationalen Konzentrationsregierung verhindert würde.

Daladier hat bereits einen Teil der Ministerien besetzt, zumeist mit den bisherigen Ministern. Paul-Boncour wird Außenminister bleiben, George Bonnet, der Vorsitzende auf der Konferenz von Stresa, wird Chéron im Finanzministerium ablösen. Es wird jetzt nicht mehr damit gerechnet, daß die Koalition viel weiter nach rechts ausgedehnt wird. Sie wird wahrscheinlich wieder von der Unterstützung der Sozialisten oder der rechten Mitte in der Kammer abhängig sein. Ob ihr in der heiklen Frage der Budgetsanierung das Gelingen wird, was schon Herriot große Schwierigkeiten gemacht hat und worüber Paul-Boncour gestürzt wurde, bleibt dahingestellt.

Dicke Luft in Deutschland.

Der Luftschutzzummel in Deutschland reißt nicht mehr ab. Am Montag vormittag wurde eine Luftschutzwoche des Deutschen Luftschutzverbandes eröffnet, an der alle möglichen — an der Aufrüstung Deutschlands interessierten — Gruppen beteiligt sind. Der Zweck: „Ausbildung der örtlichen Führer in der Aufklärung (!) der breiten Volksmassen über die Notwendigkeit und über die Möglichkeiten des Luftschutzes.“

Wenn wirklich Aufklärung der Zweck wäre, würde man über die Möglichkeiten sich nicht mehr zu unterhalten brauchen, sondern käme zu dem Ergebnis, daß ein Luftschutz nicht nötig ist, wenn man

für die Erhaltung des Friedens sorgt.

Aber dieses ständige Gerede und Geschreibe vom drohenden Krieg gewöhnt die Menschen derart daran, an seine Unvermeidlichkeit zu glauben, daß der Kampf gegen ihn und diejenigen, die ihn fördern, nicht genügend scharf oder überhaupt nicht geführt wird.

Auch in der Charité in Berlin wetteiferten am Montag Professoren, Privatdozenten, Wehrkreishygieniker u. s. w., die Notwendigkeit des Luftschutzes überhaupt und für die Krankenhäuser insbesondere zu beweisen.

Wenn sich diese vielen Kräfte für die Erhaltung des Friedens mit der gleichen Intensität einsetzen würden, wie für die Vorbereitung auf den Krieg, dann könnten wir beruhigt in die Zukunft sehen.

Wie eng übrigens derartige Übungen, Lehrgänge und Lehrgänge mit der Industrie verknüpft sind, die an der Herstellung aller Abwehrmittel und Versuchsgase verdient, darauf kommen wir demnächst zurück.

Und nun hat Deutschland auch noch einen Kommissar für die Luftfahrt. Auch er wird sich wahrscheinlich den „Luftschutz“ besonders angelegen sein lassen!

Letztet all dieser Kriegsspielerei Widerstand in jeder Hinsicht! Wir brauchen keine Feinde abzuwehren, die erst durch die Luft herankommen —

die Feinde der Arbeiterschaft sind mitten in Deutschland, und wer ihren Luftzummel mitmacht, unterstützt sie.

Auf Hitlers Spuren

Die rechtsbürgerlichen Zeitungen bringen in Hitler Biographien, die von seiner Geburt, seiner Absicht, Künstler zu werden, über seine Moldegängertätigkeit und Beförderung zum Gefreiten hinweg bis zum Reichskanzler alles das enthalten, was man von einem Mann nicht zu wissen braucht. Um zur Kennzeichnung seiner Fähigkeiten und seines Charakters etwas beizutragen, lassen wir Hitler hier das Wort, indem wir aus seinem Buch „Mein Kampf“ einige Stellen wörtlich zitieren.

„Jammerbriefe gedankenloser Weiber.“

Ueber die Briefe, die den Frontsoldaten während des Krieges aus der Heimat geschrieben wurden:

„Ebenso übten die Jammerbriefe direkt aus der Heimat längst ihre Wirkung aus. . . Die Front wurde nach wie vor mit diesem Gift überschwemmt, das gedankenlose Weiber zu Hause zusammenfabrizierten, ohne natürlich zu ahnen, daß dies das Mittel war, dem Gegner die Siegeszuversicht auf das äußerste zu stärken, also mithin die Leiden ihrer Angehörigen an der Kampffront zu verlängern und zu verschärfen. Die sinnlosen Briefe deutscher Frauen kosteten in der Folgezeit Hunderttausenden von Männern das Leben.“

Ueber die Marxisten.

„Die Front kannte das ganze politische Parteipack nicht. Man sah die Herren Parlamentarier nur zu einem Bruchteil dort, wo die anständigen Deutschen, wenn sie nur gerade Glieder besaßen, sich damals aufhielten.“ (Herr Frick gehört danach nicht zu den anständigen Deutschen, da er während der Zeit seine geraden Glieder in Pirmasens spazieren führte.)

„So war denn die Front in ihren alten Beständen für dieses neue Kriegsziel der Herren Ebert, Scheidemann, Barth, Liebknecht usw. nur sehr wenig empfänglich. Man verstand gar nicht, warum auf einmal die Drückeberger das Recht besitzen konnten, über das Heer hinweg sich die Herrschaft im Staate anzumaßen.“

Meine persönliche Einstellung war von Anfang an fest: Ich haßte das ganze Pack dieser elenden volksbetrügerischen Parteilumpen auf das äußerste. Ich war mir längst darüber im klaren, daß es sich bei diesem Gelichter wahrlich nicht um das Wohl der Nation handelte, sondern um die Füllung leerer Taschen. Und daß sie jetzt selbst bereit

waren, dafür das ganze Volk zu opfern und wenn nötig Deutschland zugrunde gehen zu lassen, machte sie in meinen Augen reif für den Strick.“

Ueber die Juden.

„Der schwarzhaarige Judenjunge lauert stundenlang, satanische Freude in seinem Gesicht, auf das ahnungslose Mädchen, das er mit seinem Blute schändet und damit seinem, des Mädchens, Volke raubt.“

Militarisierte Organisation.

„Man begriff nie, daß die Stärke einer politischen Partei keineswegs in einer möglichst großen und selbständigen Geistigkeit der einzelnen Mitglieder liegt, als vielmehr im disziplinierten Gehorsam, mit dem ihre Mitglieder der geistigen Führung Gefolgschaft leisten.“

Südenpolitik: gen Ostland!

„Damit ziehen wir Nationalsozialisten bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. . .“

Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken.

. . . Das Rieseneich im Osten ist reif zum Zusammenbruch. Und das Ende der Judenherrschaft in Rußland wird auch das Ende Rußlands als Staat sein. . .“

Unsere Aufgabe, die Mission der nationalsozialistischen Bewegung, aber ist, unser eigenes Volk zu jener politischen Einsicht zu bringen, daß es sein Zukunftsziel nicht im berausenden Eindruck eines neuen Alexanderzuges erfüllt sieht, sondern vielmehr in der emsigen Arbeit des deutschen Pfluges, dem das Schwert nur den Boden zu geben hat.“

Politisches Testament.

„Duldet niemals das Entstehen zweier Kontinentalmächte in Europa. Seht in jeglichem Versuch, an den deutschen Grenzen eine zweite Militärmacht zu organisieren, und sei es auch nur in Form der Bildung eines zur Militärmacht fähigen Staates, einen Angriff gegen Deutschland und eblickt darin nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, mit allen Mitteln, bis zur Anwendung von Waffengewalt, die Entstehung eines solchen Staates zu verhindern, beziehungsweise einen solchen, wenn er schon entstanden, wieder zu zerschlagen.“

Schweizer Bourgeoisie wünscht Sicherheit.

Die Unruhen, die sich am 9. November in Genf ereigneten, haben die Regierung veranlaßt, nicht nur die dabeiverhafteten Arbeiter vor Gericht zu stellen und die Kantonspolizei zu verstärken, sondern auch gesetzliche Maßnahmen vorzubereiten, wie die „Neue Züricher Zeitung“ schreibt,

„den Respekt vor der Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit mit dem Schutz der Arbeitsfreiheit und dem Interesse an der Sicherung gegen Umsturz und Ruhestörung in Einklang zu bringen.“

Sie (die Neuregelung, Red.) wendet sich gegen keine bestimmte Gruppe oder Partei und kann daher ebensogut extreme Bestrebungen von selten der Rechten wie der Linken treffen.“

„Nach dem Grundsatz, daß es besser ist, einem Uebel vorzubeugen“ (wir zitieren die „Neue Züricher Zeitung“) ist die Aenderung einiger Artikel des Strafgesetzbuches geplant.

Zunächst handelt es sich um die Einführung eines Artikels 91b des Strafgesetzbuches, der die

Delikte gegen die innere Sicherheit

des Staates betrifft. Danach wird jeder, der eine Handlung begeht oder an einer solchen teilnimmt, die darauf gerichtet ist, die Verfassung oder das konstitutionelle System des Kantons durch Gewalt zu ändern, oder die im Interesse der Öffentlichkeit gelegenen Dienstzweige oder Einrichtungen zu stören oder zu desorganisieren, ferner jeder, der durch Wort, Schrift oder Bild zur Begehung solcher Handlungen anleitet oder aufreizt, mit

Zuchthaus von drei bis zehn Jahren

bestraft, sofern es sich um Anführer handelt, sonst mit Gefängnis von sechs Monaten bis zu drei Jahren. Die Vorbereitungen solcher Gesetzesverletzungen juristisch als Versuch behandelt und unterliegen dem dafür geltenden Strafmaß. Als solche gelten in besonders: die Versorgung mit Waffen, Munition, Instrumenten und Material, ebenso das Komplottieren und

jede Propaganda oder aufrührerische Agitation durch das Mittel von Vereinigungen, Versammlungen, Reden, Proklamationen, Anschlägen, Schriften, Drucksachen.

Die Regierung denkt bei ihren neuen Maßnahmen nicht nur an die Vorfälle vom 9. November, sondern überhaupt an alle kürzlich erfolgten Gelegenheiten, bei denen die Arbeiter aufgemuckt haben. Darum wird dem Artikel 109 über

Hausfriedensbruch

ein Absatz 2 angehängt werden, durch den Protestkundgebungen, wie die Bauarbeiter sie voriges Jahr beim Bau des Völkerbunds-Palais durchgeführt haben, strafbar sind.

Ein weiterer Artikel betrifft den

Ungehorsam gegen behördliche Verfügungen.

Den Anlaß dazu bietet die Abhaltung einer polizeilich verbotenen sozialistischen Versammlung im Februar 1932 in Genf. Künftig werden derartige Delikte mit der Bestrafung der Verantwortlichen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und Geldstrafe bis zu 2000 Franken bedroht.

Ferner dürfen

Kundgebungen und Demonstrationen unter freiem Himmel nur mit Genehmigung der Polizei stattfinden. Auch Versammlungen, die nicht unter freiem Himmel stattfinden, können verboten werden, wenn die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet ist.

Genau wie bei ähnlichen Gesetzen in Deutschland sind die Bestimmungen hinsichtlich kautschukartig, daß sie zwar auch gegen rechts angewandt werden können, wie die „Neue Züricher Zeitung“ meint, aber nicht angewandt zu werden brauchen und praktisch wahrscheinlich nicht angewandt werden. Hoffentlich wird die Schweizer Arbeiterschaft, die sich geschlossen gegen diese Knebelung ihrer Bewegung zu bekämpfen, wie sie selber von der Reaktion bekämpft werden.“

Selbstzeugnisse jetziger Reichsm. . .

Hitler

erklärte nach der Ermordung des Hamburger KP-Abgeordneten Hennig durch Nazis (März 1931): er wolle aus Mitleid mit den verirrten Parteigenossen die Prozeßkosten „aus Eigenem“ tragen. —

Der SA-Mann Wagner war wegen eines Attentats auf den sozialdemokratischen Redakteur Paeschke in Reichenbach (Schlesien) angeklagt. Der SA-Oberführer von Schlesien-Süd, von Obernitz, einer der Anstifter des Attentats, übermittelte ihm von München aus Grüße Hitlers und versicherte ihm der Treue seiner Kameraden. In dem Prozeß sagte der Vorsitzende nach Verlesen des Briefes: „Dieser Brief aus München läßt keinen Zweifel daran, daß die Führer Ihre Tat billigten.“

Nach der Verurteilung der Mörder von Potempa erließ Hitler einen Aufruf im „Völkischen Beobachter“. Darin heißt es: „Wer von Euch ein Gefühl für den Kampf um die Ehre und die Freiheit der Nation besitzt, wird verstehen, weshalb ich mich weigerte, in diese Regierung einzutreten. . . Herr von Papen, Ihre blutige ‚Objektivität‘ kenne ich nun! . . . Der Kampf um das Leben unserer fünf Kameraden setzt nun ein!“

Frick

sagte am 29. Juli 1932 in Königsberg: „Für Deutschland wird es ein Segen sein, wenn 10 000 oder besser noch 15 000 der marxistischen Burschen, die den Arbeitern alles versprechen und nichts gehalten haben, vom Erdboden verschwinden. Damit will ich aber nicht im entferntesten eine Mordhetze entfesseln.“

Zwei Tage später begannen in Königsberg die nationalsozialistischen Morde an Arbeiterführern, und dann die weiteren Terrorakte in Ostpreußen, Schlesien und Holstein.

Göring

telegraphierte an die Mörder von Potempa: „In maßloser Erbitterung und Empörung über das Schreckensurteil, das Euch betroffen hat, gebe ich Euch, Kameraden, die Versicherung, daß unser ganzer (!) Kampf von jetzt ab Eurer Freiheit gilt. Ihr seid keine Mörder, Ihr habt das Leben und die Ehre Eurer Kameraden verteidigt. Für Eure Familien überweise ich heute 1000 Mark . . . 14 Millionen der besten Deutschen haben Eure Sache zu der Ihrigen gemacht“

Politische Zusammenstöße am Montag.

In Berlin fanden am Montag abend, anschließend an den SA-Fackelzug, neben einigen leichteren Zusammenstößen zwei ernste Schießereien statt. In der Charlottenburger Wallstraße wurde neben dem tödlich verletzten Sturmführer Maikowski ein Polizist durch einen Brustschuß verletzt. In Spandau wurden durch Schüsse ein Kommunist schwer, ein anderer leicht verletzt.

Kommunistische Demonstrationen gegen die Hitler-Regierung, die sich am Montag abend in verschiedenen Berliner Straßen bildeten, stellenweise bis um 1000 Mann stark, wurden von der Polizei auseinander getrieben.

In Oranienburg am Montag abend ein Zusammenstoß zwischen Nazis und Kommunisten. Vier Nazis verletzt. Ein von den Nazis geplanter Umzug fand infolgedessen nicht statt.

Hamburg. Größere kommunistische Demonstrationsversuche sind noch aus Hamburg-Barmbeck gemeldet. Schlägereien zwischen Nazis und politischen Gegnern in Altona, Hamburg. Wansbek.

In Schweinfurt am Montag und in der Nacht zum Dienstag Zusammenstöße von Nazis mit Kommunisten. Ein Kaufmann und zwei Arbeiter schwer verletzt.

Führer des Mordsturms 33 erschossen.

Am Montag abend wurde ein SA-Trupp, der von dem Fackelzug zurückkehrte, in der Wallstraße in Charlottenburg aus einem Hause beschossen. Dabei wurde der Mordsturm-Führer Maikowski durch einen Bauchschuß tödlich verletzt. Die Durchsuchung des fraglichen Hauses nach dem Täter ist erfolglos geblieben.

Maikowski war neben seinem Vorgänger Hahn als Führer des Charlottenburger Sturms 33 einer der Hauptorganisatoren der Morde dieses Sturms. Als nach der Erschießung des Arbeiters Lange (9. Dezember 1931) fünf SA-Leute verhaftet waren, teilte der nichtverhaftete Maikowski dem Gericht schriftlich mit, daß er sämtliche Schüsse abgegeben habe, sich aber dem Gericht nicht stellen würde. Maikowski war dann für die Polizei nicht auffindbar, obwohl er im „Angriff“ Sturmbefehle veröffentlichte. Im Oktober 1932 wurde er schließlich verhaftet und im Dezember entgegen den Ausnahmebestimmungen des Amnestiegesetzes amnestiert.

Natürlich fahndet die Polizei nach Kommunisten als Tätern, und es ist wahrscheinlich, daß dieser Mord zur Rechtfertigung geplanter Maßnahmen gegen die KPD dienen wird. Nach allen Erfahrungen bei den Morden an Nazis in letzter Zeit besteht aber kein Anlaß, den Mörder in erster Linie unter Kommunisten zu suchen — im Gegenteil!

Protest gegen die polizeiliche Erschießung der neun Dresdener Arbeiter.

Gegen den Polizeiterror in der antifaschistischen Versammlung im Dresdener Keglerheim hat das Präsidium der Internationalen Hilfsvereinigung und der Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg der IHV beim Sächsischen Innenministerium protestiert und folgende Forderungen erhoben:

Sofortige Amtsenthebung und strafrechtliche Verfolgung der verantwortlichen Polizeibeamten; ausreichende Staatshilfe für die Verwundeten und die Hinterbliebenen der Getöteten; unverzügliche Aufhebung des Belagerungszustandes gegen die sächsische Arbeiterschaft.

Terror-Kurs gegen die KP.

Die von Frick am Montag abend in einer Pressebesprechung angekündigte „Pressefreiheit“ ist gegen kommunistische Zeitungen sofort zur Anwendung gekommen:

Die Dienstag-Ausgabe der „Roten Fahne“ wurde beschlagnahmt auf Veranlassung des Berliner Polizeipräsidenten. Vermutlich wegen Abdrucks eines Aufrufs des ZK der KPD zum Generalstreik.

Auch die Dresdener „Arbeiterstimme“ vom Montag wurde aus demselben Grunde beschlagnahmt.

Der Polizeipräsident in Koblenz hat in seinem Bereich vorläufig sämtliche Kundgebungen der KPD und ihrer Neben- und Unterorganisationen verboten. Die KP hatte dort durch Flugblätter zu Massendemonstrationen gegen die Regierung Hitler aufgerufen.

Gegen eine vom sächsischen Innenministerium für Dienstag nachmittag gestattete KP-Demonstration in Dresden trommelt die Nazifraktion des sächsischen Landtags. Die Fraktion fordert von Frick, er solle als Reichsinnenminister einschreiten. Die Demonstration ist anlässlich der Beerdigung der Toten aus dem Keglerheim einberufen worden. Die Nazi-Gauleitung droht mit der Beantragung eines Reichskommissars für Sachsen, falls die Demonstration stattfindet.

Der Essener Polizeipräsident hat die für Mittwoch von der KP angekündigten Demonstrationen „Antifaschisten — Alarm“ verboten.

In Altona sammelten sich am Montag kommunistische Sprechchöre vor einer Wohlfahrtsstelle; sie verlangten die Herausgabe von Kohlenzetteln. Polizei trieb sie auseinander, angeblich, weil einige sich an Büromöbeln im Wohlfahrtsamt vergriffen.

In Magdeburg wurden kommunistische Demonstrationen, wo sich solche am Montag abend bildeten, von Polizei sofort auseinander getrieben. Flugblätter mit der Aufforderung zum Generalstreik hat die Polizei möglichst beschlagnahmt.

Polizisten haben zu sagen, wer sie sind.

Wiederholte Klagen haben den kommissarischen preußischen Innenminister veranlaßt, die Polizeichefs im Lande daran zu erinnern, daß

Schutzpolizeibeamte auf Ansuchen ihren Namen und ihre Dienstnummer anzugeben haben.

In einem besonderen Erlaß vom 9. Januar wird daran erinnert, daß die Nennung von Name oder Dienstnummer nach den Vorschriften für den Polizeidienst nur dann verweigert werden kann, wenn eine „offenbar beabsichtigte Behinderung einer Amtshandlung“ vorliegt. Es habe sich in der Praxis vielleicht eine unzutreffende Auslegung darüber eingebürgert, wann durch die Frage nach den Namen oder der Dienstnummer eine solche Behinderung einer Amtshandlung vorliegt.

Die Beamten werden dann in dem Erlaß belehrt, daß sie durch ihre Namensverweigerung kurzsichtig handeln und nicht nur im Augenblick ihre persönlichen Schwierigkeiten vermehren, sondern auch das Ansehen der Polizei schädigen. Sie sollten die Pflicht der Namensnennung peinlich genau und ohne Empfindlichkeit erfüllen.

Die letzten BVG-Räuber verhaftet.

Von einem riesigen Polizeiaufgebot (100 Schupos, die Dächer und anliegenden Häuser besetzten; etwa 30 Kriminalbeamte) wurden am Montag in Schöneberg die BVG-Räuber Achtenhagen und Hoheisel verhaftet. Nachdem vier andere Teilnehmer am dem Charlottenburger Ueberfall (Hildebrand, Hans und Willi Krebs, Wiemke) bereits vor einigen Tagen verhaftet worden sind, scheinen nun alle Beteiligten in Händen der Polizei zu sein.

Es handelt sich um den Raubüberfall auf einen Geldtransport der Berliner Verkehrs-Gesellschaft in Charlotten-

burg, am 15. September 1932. Dabei wurde der Stadtinspektor Meyer von den Räubern erschossen; Beute: 33 000 Mark.

Die vier zuerst Verhafteten sind inzwischen außerdem folgender Ueberfälle überführt worden: auf ein Lokal in Mariendorf (dabei wurde der Prokurist Sauer erschossen); zwei Ueberfälle auf Taxihaupteure; zwei Ueberfälle auf Tankstellen; ein Ueberfall auf einen Straßenpassanten. Im ganzen sind also zwei Morde bei diesen Räubereien geschehen.

Was kostet das parlamentarische Geschwätz?

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht soeben im zweiten Januar-Heft von „Wirtschaft und Statistik“ eine ausführliche Darstellung der öffentlichen Ausgaben für die Reichs- und Landesparlamente in Deutschland. Nicht einbezogen sind die Ausgaben für Gemeindevertretungen sowie die Wahlkosten, für die eine besondere Veröffentlichung in Aussicht genommen ist.

Jeder Reichstagsabgeordnete kostete 1930/31 dem deutschen Volk jährlich 15 100 Mark.

Die Landtagsabgeordneten sind etwas billiger. Die preußischen und bayerischen Landtagsabgeordneten kosteten jährlich nur je 14 000 Mark. Sachsen gab pro Abgeordneten-Mundwerk 13 000 Mark aus, Württemberg 8100 Mark u. s. w.; Lübeck steht am Schluß der Reihe mit nur 1200 Mark.

Insgesamt kostete der deutsche Reichstag jährlich 8 075 000 Mark, der Reichsrat 603 000 Mark, der vorläufige Reichswirtschaftsrat 704 000 Mark, der preußische Landtag 6 315 000 Mark, der bayerische Landtag 1 788 000 Mark.

Alle Redebühnen zusammen hatten einen Etat von rund 22 Millionen Mark.

Fürwahr, es sind goldene Worte in diesen Parlamenten gesprochen worden. Sie kosteten den Regierten wenigstens eine ziemliche Stange Gold!

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Göttingen: Freitag, 3. Februar, 20.30 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims. Thema: Rechtsnot und Sondergerichte. Redner: Rechtsanwalt Erich Lewinski (Kassel). Eintritt frei! Freie Aussprache.

Hamburg: Donnerstag, 2. Februar, 20.15 Uhr, im Volksheim Hammerbrook, kl. Saal. Thema: „Rechtsnot über Deutschland“. Redner: Dr. Erich Lewinski (Kassel).

BERLIN

Sonntag, den 5. Februar, 11 Uhr, in der „KAMERA“, Unter den Linden 14:

Morgenveranstaltung

des „Funken“, die dazu beitragen soll, den weiteren Kampf des „Funken“, insbesondere gegen den Krieg, finanziell zu unterstützen.

ERNST GLAESER, ALEXANDER GRANACH, ERICH MÜHSAM, THEODOR PLIVIER, GERHARD THOMAS (an der Orgel) und der CHOR DER „JUNGEN VOLKSBUHNE“ wirken mit.

Der Preis der Eintrittskarten beträgt 1.— Mark und 1.50 Mark, für Erwerbslose 0.50 Mark. Karten können im Vorverkauf bezogen werden bei der Internationalen Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Außerdem bei den Verkäufern des „Funken“. Der Reinertrag geht dem Pressefonds des „Funken“ zu.

A. M. FREY



DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Kloppehauer Verlag AG, Berlin.

Der Krankenträger — wie seltsamerweise der Sanitätsmensch bei der Truppe heißt, obwohl er selten Kranke, öfter Tote und am häufigsten Verwundete aus der Stellung fort-schafft — er schleppt und zerrt auf der Trage (so heißt, was man gemeinhin Bahre nennt) unbrauchbar gewordenes Soldatenmaterial von dannen: durch Lehms, zähen Kot, Wasser. Ueber freies Gelände, das uneben ist, aufgerissenes oder sumpfig. Es geht kilometerweit so, und immer können in den Gräben nur zwei gleichzeitig tragen — nicht vier, wie es Vorschrift ist, und wie es schon sauber daheim im sauberen Kasernenhof maßvoll (je ein Trüppchen immer dreimal durch die Runde) geübt wird. Nämlich wegen der Schmalheit der Gräben tragen nur zwei Mann keuchend auf ihren Achseln an die zwei Zentner stolpernd, wankend, halb niederstürzend unter dem Gewicht, beim Jammerschrei des unsanft behandelten Passagiers wieder sich hochstemmend. Die beiden anderen tasten hinterher, bis man ablöst.

Die Achseln der Träger werden gereizt, denn die Trage ist unpraktisch; manchmal sind sie durchgeschauert, wund, vereitert. Viele haben unterm Uniformrock dicke Verbände, um den Druck zu mildern, aber es hilft nicht viel. Und das Ende? Sie können den Dienst nicht durchhalten, sie wandern ab in die Kompagnien, sie legen die Genfer Binde beiseite, sie müssen zum Gewehr greifen.

Am brauchbarsten sind bedächtige breite Männer vom Land oder Schwerarbeiter aus der Stadt. Die sind erst erschöpft, wenn sie drei-, viermal in einer Nacht hinausmüssen und drei-, viermal ihre drei, vier, fünf Kilometer weit Zentnerlasten an den Arzt herangebracht haben.

Funk hat sich zum Krankenträger ausbilden lassen, weil er heimlich geschworen hat, den Irrsinn, auf Menschen zu

schießen, nicht mitmachen zu wollen. Gegen die Darlegungen, sein ganz unschuldiges Land sei von Mordgesellen meuchlings überfallen, es gälte den Verteidigungskampf oder Versklavung und Tod — gegen solch pathetisches Gerede instinktiv mißtrauisch in einer Zeit, die ihm Beweise für oder wider sein Mißtrauen nicht heranbringen konnte, glaubt er nur in der Weise für die sämtlichen Verblendeten und Genasführten sich einsetzen zu können, daß er versucht, die Wunden und Verstümmelungen, die sie einander beibringen, mit heilen zu helfen.

Aber Funk versagt, er ist unbrauchbar.

Wenn er auf den Transporten unter den Gewichten, die er bewältigen soll, einfach zusammenknickt, von Schweißbächen schon nach hundert Metern überströmt, mit galoppierendem Atem, ja — man kann sagen: buchstäblich pfeifend auf dem letzten Loch, dann mangeln die Kameraden mit Recht: „Du hältst uns auf. Mit dir ist es nix. Du erschwerst uns den Dienst. Wir kommen nicht vom Fleck. Wir brauchen die doppelte Zeit mit dir. Und du selber gehst drauf dabei.“

„Ich werd' es lernen. Der Körper wird es schon lernen.“

„Das lernt sich nicht so leicht. Du bist das Arbeiten nicht gewöhnt. Was warst du denn zu Haus — Haarkünstler, he?“

„Schriftsteller.“

„Aha, Schriftsetzer und Federhalter“, sagt einer mitleidig scherzend. „Ja, da brauchst man kein besonderes Schmalz.“

Sie geben ihm den Rat, sich krank zu melden. Sie geben ihn gewiß aus eigennützigen Gründen, denn sie wollen Funk los sein. Der sagt sich das selber — er kann sich dennoch nicht entschließen, vor den Arzt zu treten, obwohl auch der Rattenbiß nicht in Ordnung gekommen ist. Der Handballen schwärt und pocht, und jede Bewegung mit der halb unbrauchbaren Hand tut weh, die er nicht einmal zu verbinden wagt, um mit der Geschichte nicht aufzufallen.

Denn er will nicht weg von der Stelle, an die er nun einmal geraten ist, an der er klebt in einer unheilvollen Passivität. Wohin? Als Kranker ins Revier oder vorübergehend in die Arme eines Lazarettes — und dann wieder hierher, um gewissermaßen von neuem anzufangen? Dann lieber gleich da bleiben. Zudem gestehen: „Ich habe einen eiternden Rattenbiß“, — das ist sehr albern. Es macht ihn noch lächerlicher,

als er doch schon ist. Sicherlich ist von den Mannschaften nie jemand durch eine Ratte derart attackiert worden. Am Ende glauben sie es gar nicht. So etwas passiert nur Säuglingen im unbewachten Kinderwagen. —

Ueber all dem, und ehe er wirklich zusammenfiel, von Sturm und Stoß total aufgelockert, kam der Tag der Ablösung.

Sein Bataillon ging in Ruhe. Sie marschierten und marschierten stundenlang, er wankte mit. Man kam in Bereiche, die so schön waren, als landete man mitten im Paradies. Freilich war es, nüchtern betrachtet, nichts weiter als eine große Fabrikanlage mit rußigroten Backsteinmauern und schwarzen Schotterwegen. Aus den Sälen hatte man die Maschinen hinausgeschmissen und Pritschen mit Drahtnetz, frischem Stroh und derben Leintüchern hineingestellt.

Man wurde gebadet und entlaust. Am Sonntag gab es etwas, das beinahe ein Schweinebraten geworden wäre. Die Schlafsäle waren geheizt, denn plötzlich im Oktober kam gleich ins Spätherbstliche hinein, der Wetterumschlag.

Wie märchenhaft schnell die mißhandelten Knochen sich erholen! Schlafen, schlafen, man schlief sich gesund. Wenn man nicht schlief, lungerte man umher, kaufte in der Kantine ein Messer, das gleich zerbrach, ein Pfund Zucker, eine Büchse Pflaumen, die undicht und vergoren war, und andere nutzlose Dinge, denn der Staat verstand es, den kargen Feldlohn des einfachen Soldaten in Höhe von monatlich fünfzehn Mark wieder einzukassieren.

Wie unbegreiflich man an Lebensmut gewann, an närrischer Bereitschaft zu hoffen. Am Ende, während wir hier faulenzten, geht der Krieg —? Das Herz schlägt freier, das Herz will sich wieder zuwenden den Schätzen der Welt. Eine kleine Herde Mädchen wäscht irgendwo Berge von Soldatenunterzeug innerhalb des Fabrikkomplexes. Mittags, wenn man vor der Küche ansteht, um Essen zu fassen, haben auch sie gerade freie Zeit und flanieren vorbei. Wie schön sie sind! Die Männeraugen, die seit langem keine junge Frau mehr gesehen haben, zittern vor Begier. Gibt es das: einen so kleinen Fuß, und wo kommt der kokette Schuh her? Gibt es das: eine so drollig gepolterte Hand?

(Fortsetzung folgt.)

Nach einem Jahr der Einheitsfront.

Aus einer Gewerkschaftsversammlung in Frankreich.

G. K. Vor einigen Tagen hielt der freigewerkschaftliche Eisenbahner-Verband des Linken Seine-Ufers in Paris seine Jahresversammlung ab. Diese Gewerkschaft ist unseren Lesern aus zweierlei Gründen bekannt: Sie hat durch ihre ausgezeichnete Arbeit den Auftakt gegeben zu einer großen Einheitsbewegung, die viele Tausende von Kollegen aus den abgespaltenen Verbänden in den Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbund zurückgeführt hat und die auch jetzt noch keineswegs beendet ist. Diese Gewerkschaft hat ferner jene Reise französischer Eisenbahner nach Köln organisiert, über die wir hier im vorigen November ausführlich berichtet haben.

Seit Beginn der Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit im Jahre 1932, die innerhalb weniger Monate die Mitgliederzahl vervielfacht hatte, war dies der erste Kongreß des Verbandes. In Frankreich ist aber die Erneuerung der Mitgliedschaft in den Gewerkschaften zu Anfang des Jahres eine kritische Angelegenheit: Manchen Gewerkschaften gelingt es nicht, auch nur die Hälfte der Karten für das neue Jahr unter den alten Mitgliedern unterzubringen. Wir halten es daher für ein gutes Zeichen, für den weiteren Fortschritt jenes Verbandes, daß es bis zum 15. Januar in fast allen Sektionen (Zugpersonal, Werkstattarbeiter u. s. w.) gelungen ist, so gut wie alle Karten abzusetzen. Die Mitgliedschaft Anfang 1933 ist die gleiche wie die Ende 1932.

Die Jahresversammlung stand im Zeichen zweier wichtiger Dinge: der drohenden Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und der internationalen Verständigung.

Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die schon jetzt in Angriff genommen ist, erstreckt sich auf fast alle Gebiete: beabsichtigte Kürzung der Ferien, Beschränkung der Freifahrtscheine für Eisenbahner, Ersetzung der Aufrückung in höhere Lohnklassen, nicht zuletzt auch Verschärfung der Bestimmungen, unter denen Eisenbahner entlassen werden können. Als Grund für Entlassungen gilt z. B. jetzt auch Trunkenheit im Dienst. Die Gelegenheit der Diskussion über diese Frage benutzte der Sekretär der Gewerkschaft zu einer energischen Warnung gegen die Gefahren des Alkohols für die Arbeiterschaft, ein besonders in Frankreich gewiß sehr seltenes Ereignis.

Die drohende Lohnsenkung ist nicht allein eine Angelegenheit der Eisenbahner. Bekanntlich ist die Kürzung der Beamtgehälter in der neuen Budgetvorlage enthalten. Diese Kürzung würde unfehlbar den Auftakt darstellen zu weiteren Lohnkürzungen, zunächst für die Arbeiter in Staatsbetrieben, wie den Staatseisenbahnen, dann auch in der Privatindustrie. Die Beamtengewerkschaften haben sich immer wieder mit aller Entschiedenheit gegen die Lohnkürzung gewandt, die Spitzen haben die Vollmacht, bis zum Äußersten gehende Maßnahmen anzuwenden. Solche Maßnahmen sind beschlossen worden, werden aber bis zum letzten Augenblick geheim gehalten, damit der Regierung keine Gelegenheit gegeben wird, den Plänen der Gewerkschaften einen Strich durch die Rechnung zu machen. Der Vorstand der Gesamtföderation der Eisenbahner ist nun übereingekommen, daß die Eisenbahner den Beamten in ihrem Kampfe Hilfe leisten sollen, und in diesen Tagen beraten die Delegierten der einzelnen Gewerkschaften über die zu diesem Zwecke zu unternehmenden Schritte.

Zu der Beschäftigung mit diesen Fragen und der Diskussion über Jahresbericht u. s. w. hatte nun die Leitung der Gewerkschaft noch ein Referat über

„die internationale Lage, die Gewerkschaften und die Sicherung des Friedens“

zur Tagesordnung hinzugefügt. Zu diesem Referat war ein Vertreter des „Funken“ bestimmt worden. Und in der Nachmittagsitzung wurde dieser Vertreter des „Funken“, um dem internationalen Charakter der Gewerkschaftsbewegung Ausdruck zu verleihen, in das Präsidium der Versammlung gewählt. In seinem Referat, das nur kurz sein konnte und als Vorbereitung zu einer künftigen intensiveren Arbeit aufgefaßt wurde, führte er aus, daß man mit der größten Behutsamkeit die zwei vorherrschenden Meinungen prüfen müsse: einerseits die Meinung, die Krise sei merklich im Abflauen, andererseits die Ansicht, der Kapitalismus gehe an dieser Krise von allein zu Grunde. Denn einerseits: die

Krise kann nur durch eine erhebliche Vergrößerung der Massenkaukraft behoben werden und von einer solchen ist noch in fast allen Ländern nichts zu merken, und andererseits: Der Kapitalismus geht nur zu Grunde, wenn wir ihn stürzen. Ferner aber: Die Verschärfung der Krise bedeutet die Gefahr von Revolutionen für kapitalistische Regierungen, eine Gefahr der sie durch Ablenkung auf die sogenannten nationalen Gefahren zu begegnen suchen. Daher die Drohung immer neuer kriegerischer Verwicklungen, denen die organisierte Arbeiterschaft mit aller Macht entgegenzutreten muß. Und zwar gerade die beruflichen Organisationen kommen für solchen Widerstand besonders in Frage: Hauptsächlich darum, weil die Arbeiterschaft in den Betrieben (z. B. die Eisenbahner in den Stellwerken) eine Reihe von Kommandohöhen der Wirtschaft in der Hand hält, von denen aus sie einen Druck auf die Regierung ausüben kann. Hier liegen besondere Aufgaben der Gewerkschaften, die nur international gelöst werden können, woraus dann die besondere Notwendigkeit eines internationalen Kontaktes der Gewerkschaften erhellt, ein Kontakt, mit dem eben die Gewerkschaft der Staatseisenbahner des Linken Seine-Ufers in Paris einen Anfang gemacht hat.

Mobilmachung der Seeleute und Hafenarbeiter

Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) hat an die ihr angeschlossenen Organisationen folgenden Aufruf gerichtet:

Werte Kollegen!

Die gemeinsame Sitzung der Seeleute- und der Hafenarbeiter-Sektion der ITF, abgehalten am 28. und 29. November 1932 in Amsterdam, hat einstimmig beschlossen, daß unbedingt allen Versuchen des Unternehmertums, die jetzigen Löhne der Seeleute und Hafenarbeiter weiter herabzudrücken mit allen möglichen Mitteln entgegenzutreten werden muß.

Der von genannter Sitzung ins Leben gerufene Internationale Unter-Ausschuß, welcher die Entwicklung der Lage zu verfolgen hat, war seither mit den verschiedenen Organisationen ständig in Fühlung. Nach einer ihm gemachten Mitteilung haben sich die Verhältnisse in Schweden so zuspitzt, daß mit der Möglichkeit eines im Februar zu führenden Abwehrkampfes der Seeleute gegen eine 15 prozentige Heuerherabsetzung gerechnet werden muß. Voraussichtlich

werden auch in Dänemark, wo die Unternehmer zum 1. Februar eine große Aussperrung verhängt haben, weil sich die Arbeiterschaft keine 20 prozentige Lohnherabsetzung gefallen lassen will, die Hafenarbeiter, und wahrscheinlich auch die Seeleute, in den Konflikt mit hineingezogen.

Unter diesen Umständen fordert der Internationale Unter-Ausschuß der ITF alle angeschlossenen Organisationen, in besonders aber die Verbände der Hafenarbeiter und Seeleute auf,

jetzt schon Vorkehrungen zu treffen, damit sie gegebenenfalls den schwedischen und dänischen Organisationen weitestgehende moralische und materielle Unterstützung gewähren können.

Sollte im Februar ein Konflikt ausbrechen, so darf kein von einem dieser Länder kommendes Schiff gelockt werden. . . .

gez.: Ernest Bevin (Vorsitzender der Seeleute- und Hafenarbeiter-Sektionen in der ITF).

Edo Fimmen (Generalsekretär der ITF).

„Groteske Selbstmordhäufigkeit“!

Die große Münchener Rückversicherungsgesellschaft, die 1931 über 97 Millionen Mark Prämieinnahmen für Lebensversicherungen erzielte, erklärt in ihrem Geschäftsbericht: „Unbefriedigung war wieder der Schadensverlauf in der Lebensversicherung. Die Selbstmordhäufigkeit habe geradezu „groteske“ Ausmaße erreicht. 28,5 Prozent der fällig gewordenen Schadenssummen im deutschen Geschäft entfielen auf Selbstmorde; 1930 waren es nur 20,7 und 1929 nur 18,0 Prozent. Im ausländischen Geschäft ist der Anteil der durch Selbstmord fällig gewordenen Versicherungssummen von 14,7 auf 15,1 Prozent gestiegen. Auch die Auszahlungen bei Tod durch Unfall sind erheblich gestiegen, in Deutschland von 4,5 auf 10,9, im Ausland von 4,6 auf 17,6! Ob es sich dabei wirklich um Tod durch Unfall oder um Selbstmord gehandelt hat, sei häufig nicht zu klären gewesen.“

Eine halbe Million Mark für besondere Brennstoffbeihilfen ist von der Stadt Berlin bewilligt worden. Die Beihilfen sollen an Unterstützungsempfänger verteilt werden, die be-

sonders unter der Kälte zu leiden haben (z. B. Laubowebewohner).

In Berlin nimmt die Grippe zu.

Die Krankenhäuser haben neue Stationen bereitgestellt zur Aufnahme von Kranken. Oberbürgermeister Sahm hat die Bezirksämter zu besonderen Vorsichtsmaßnahmen in den Schulen angewiesen. Erkältete und hustende Kinder sollen nach Hause geschickt werden. Wie treffen sie es dort an — in den meisten Fällen?

Arbeiter-Stenographenverein Groß-Berlin.

Ortsgruppe des Arbeiter-Stenographenverbandes für das deutsche Sprachgebiet.
Wiederholungskurse mit Einführung in das Schreiben nach Diktat in Reichskurzschrift: Februar/April: Schlesberg, Volksschule, Faurigstraße 57. Dienstag 19.30 Uhr; Nordosten: Volksschule, Senefelderstraße 6, Hof rechts parterre, Montag, 20. Uhr.
Auskunft über Übungs- und Debatte-kurse in Reichskurzschrift erteilt der Vorsitzende: O. Wenghofer, Velten (Mark), Wilhelmstraße 10 a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909 Druck A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Das Haus der guten Schule
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Reichenstr. 37/38
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzsg. d. Inserates 5% Rabatt!

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut / schnell / billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M., Niederwald
Engelsplatz 12.

Freunde
und Leser des
„Funken“!
Unterstützt
Eure
Zeitung!
Wird Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Korrespondenz bei Entlassung
unserer Leserinnen!

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 85, Laisonweg 61 III.
Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
I. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2
Butter
Käse, Eier
Landbrot

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
drucksachen
Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 8471

Selben
Wirtschaftsartikel
gut und preiswert
Otto Scaruppe
Berlin-Reinickendorf-Ost, Wilkestr. 1

Pflanzen-Butter
(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette
Sonder-Angebot:
Post-Päckchen 3 Pfd. netto
nur 2,20 RM. Frei Haus
gegen Voreinsendung auf
Postcheck Magdeburg 179 24.

„Haltet Euch gesund
durch naturgemäße Kost“
Reformhaus Gesundheitsquelle
Berlin, Köpenicker Straße 96

Maßarbeit erstklassig
und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-
Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Reparaturen v. elektr. Bügeleisen, Klingelanlagen usw.
Spezialität:
Anfertigung mod. Tisch- und Nachttischlampen
G. Funke, Elektrotechniker
Göttingen, Judenstraße 8, III

HAMBURG
Kollektiv
hamburger Schauspiel
spielt am:
Freitag, 3.; Sonnabend, 4.;
u. Sonntag, 5. Febr., 20 Uhr
„Der Nagel auf den Kopf“
Der große Erfolg
im Volkshelm Hammerbrook, Sachsenstr. 21.
Preise: 60 Pf., Erwerbssitze 30 Pf., Sonntags 40 Pf.

Der alte Krupp war Offizier
der französischen Ehrenlegion!
Tatsachen solcher staunenerregenden Art über die nationalste und judenreinste aller Industrien, unbestreitbare Tatsachen, über die sich die Presse Hugenbergs und Hilters schamhaft ausschweigt, findet man zahlreich in Otto Lehmann-Rußbildts bereits in 9 Sprachen übersetzte Schrift
„DIE BLUTIGE INTERNATIONALE DER RÜSTUNGS-INDUSTRIE“.
Die wesentlich umgestaltete 5. Auflage (31 - 40 T. und 4) ist soeben zum ermäßigten Preis von 1,- RM erschienen im
FAKELREITER-VERLAG, BERLIN W 15.

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987
Seit 31. Januar:
W. Padewitzas unerreichtes Meisterwerk
„Sturm über Astor“
Der Hauptdarsteller Jankowskoff ist bei der 9 Uhr - Abend - Vorstellung anwesend
„Der Kajak-Sportfilm“
Eine Mildwasserfahrt durch die schwarzen Berge
Anfangszeit: 18, 17, 19 und 21 Uhr

Ist der Zins die Ursache für die kapitalistische Ausbeutung?
Läßt sich die Wirtschaftskrise durch Geldreform beseitigen?
Wer sich über diese Fragen Klarheit verschaffen will, der lese:
Führt Geldreform
aus Kapitalismus und Krise?
Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre.
Von Helene Beyer.
52 Seiten. Gehftet 0,40 M.
Aus den Presse-Urteilen:
„Mit Hilfe dieser Broschüre können unsere Schwachgeldtheoretiker ihre fundamentalen Irrtümer berichtigen.“ „Der Proletarier“, Nr. 27, 2. Juli 1932.
„Die vorliegende Schrift bringt eine sachliche Untersuchung der Lehre von Silvio Gesell.“ „Frankfurter Volksstimme“, Nr. 126, vom 18. Juni 1932.
„Die Darlegungen der Verfasserin zur Frage von Zins, Krise und Geldwährung geben dem Leser fernerhin die Rüstung in die Hand, auch andere Geldreformprojekte kritisch zu untersuchen, desgleichen die übrigen Versuche, von der Geldseite aus die Wirtschaft anzukurbeln. Gerade darum gehört die — im Gegensatz zu dem größten Teil der Geld-Literatur — leichtverständlich geschriebene Broschüre in die Hand jedes wirtschaftspolitisch Interessierten.“ „Prager Presse“ Nr. 168 vom 17. Juni 1932.
Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.
Postcheckkonto Berlin 818 42.

Die Front der Hitlergegner.

Der ADGB, der AFA-Bund, die christlichen Gewerkschaften und der Gewerkschafterring veröffentlichen folgenden Aufruf:

„An die Mitglieder der Gewerkschaften! Die politische Lage hat sich in erschreckender Weise geändert. Das Schwergewicht der neuen Reichsregierung liegt bei Parteien und Gruppen, die bisher offen für die soziale Entrechtung der Arbeiter und Angestellten, für die Zerschlagung der Demokratie und für die Ausschaltung des Parlaments eingetreten sind. Die Gefahr liegt nahe, daß sie jetzt ihren Plan zu verwirklichen trachten. Gewerkschaftsmitglieder! Die Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft stehen auf dem Spiele. Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfalle wirklich abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Laßt euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten.“

Die christlichen Gewerkschaften erlassen einen besonderen Aufruf, den wir trotz seiner Länge vollständig abdrucken, weil er uns zu beweisen scheint, wie viel hier bei einer vernünftigen und planmäßigen sozialistischen Arbeit im Interesse der Arbeiterschaft hätte erreicht werden können; sowohl an Entschiedenheit des Ausdrucks als auch an Klarheit der Forderungen kann dieser Aufruf gewiß mit denen der linken Arbeiterschaft konkurrieren:

„Reichspräsident von Hindenburg hat mitten in der schweren Krise, die auf dem deutschen Volke lastet, eine folgenschwere Entscheidung getroffen. Beeinflußt von nichtverantwortlichen Ratgebern hat er der Regierung Schleicher das Vertrauen entzogen. Die sich anbahnende Volksverhöhnung der Regierung Schleicher, die von der Regierung Papen verursacht ist, ist ein Verbrechen, das die Feindschaft der Reaktion um Hugenberg und Papen zuzählt. Die Behandlung des Osthilfskandals und die vor allem von den Nationalsozialisten geführte Reichstagsauflösung und nachfolgende Neuwahl verstärken die Feindschaft gegen den „sozialen General“. Er mußte fallen. Der politischen Betriebsamkeit von Papen schenke es, die Nationalsozialistische „Arbeiterpartei“ und die soziale und politische Reaktion, die sich noch gestern lärmend bekämpften, zusammenzuführen.“

Politischer Machtwort der Nationalsozialisten, Subventionskrieg und Herrschaftsdünkel ostelbischer Großgrundbesitzer, die arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Gesinnung Hugenberg's fanden sich zum Bunde gegen den sozialen Willen des verfassungstreuen deutschen Volkes. Hindenburg hat das Kabinett der Harzburger Front, der Front der Gegner seiner Wiederwahl zum Reichspräsidenten, unter Hitlers Führung bestätigt. Der volks- und arbeiterfeindliche Wille der Hugenberg und Papen werden den Regierungskurs bestimmen. Die Arbeiterschaft, die Arbeitslosen, die Sozial- und Kleinrentner, das werktätige Volk in Stadt und Land sollen wiederum die Leidtragenden sein. Die Gefahr des unversöhnlichen Auseinanderbrechens des deutschen Volkes ist da.

Christliche Gewerkschafter, Kameraden der Arbeit, damit steht die deutsche Arbeiterschaft vor neuem, schwerem Kampf. Es wird ein bitterer und schwerer Kampf sein. Ein Kampf um Menschenrecht und Menschenwürde. Um Arbeit und Brot. Rüstet euch für diesen Kampf! Kein aufrechter Arbeiter darf mehr abseits stehen. Arbeitende und arbeitslose Kameraden, ruft den letzten Mann auf, daß er sich zur Gewerkschaft, zu seiner Kampforganisation bekenne! Die christlichen Gewerkschaften stehen mit ihrer ganzen Kraft für eure Rechte. Stärkt die gewerkschaftliche Macht! Für die freie deutsche Arbeiterschaft! Für eine soziale Volksfront! Für die Unantastbarkeit der Verfassung! Für ein aufrechtes Volksdeutschland!“

Streikfertig machen!

Die Betriebsfunktionäre der Firma Voigtländer, Braunschweig (Belegschaft 1000), haben in einer sofort zusammengerufenen Sitzung Stellung genommen zur Ernennung Hitlers als Reichskanzler.

Sie fordern zur Abwehr der akuten Gefahr des offenen Faschismus die Einigung der Spitzenorganisationen der Arbeiterschaft zur Durchführung folgender Punkte:

1. Propagierung der Generalstreik-Parole,
2. Durchführung einer Betriebsrats-Vollversammlung zur Organisierung des Generalstreiks,
3. Aufforderung an alle Arbeiter zur Durchführung einer gemeinsamen Protest-Demonstration,
4. Aufforderung des ADGB an alle Betriebe, zu obigen 3 Punkten in Abteilungs- oder Betriebsversammlungen Stellung zu nehmen.

Diese Forderungen wurden durch eine Delegation aus Anhängern der verschiedensten Richtungen sofort dem ADGB, der KPD und der SPD übermittelt.

Arbeiter, drückt auf Eure Organisationen! Schließt Euch diesen Forderungen an!

Streikauflösungsversuche.

In Hamburg versuchten am Dienstag früh Kommunisten, am Straßenbahndepot Denhalde, das Ausfahren der Wagen zu verhindern. Polizei unterband diese Versuche. Im Hamburger Hafen wird angeblich normal gearbeitet.

In Berlin war am Dienstag früh in der Müllerstraße ein Schaltkasten der Straßenbahn außer Betrieb gesetzt worden. Der Verkehr in dieser Gegend lag eine halbe Stunde still.

General Percy gründet ein Königreich.

(Komödie in drei Akten von Sindbad.)

Seitdem in Thüringen die Nazis regieren, werden am Deutschen Nationaltheater Stücke bevorzugt, in denen die Demokratie und der Parlamentarismus lächerlich gemacht werden. Darum sage niemand, die Nazis verstünden nichts von Kulturpolitik! Das Dritte Reich soll auch vom Gebiete des Theaters aus vorbereitet werden.

Die bankrotte Demokratie ist jetzt für Theaterschriftsteller ein äußerst dankbares Gebiet, denn: „Greift nur hinein ins volle Menschenleben, und wo ihr packt“ — da ist es demokratisch korruptiert! In diesem Geiste ist Sindbads Komödie vom „General Percy“ eine gut gelungene politische Satire unserer Zeit, und es wird jetzt auf den „klassischen Brettern“ der Weimarer Goethe-Bühne politische Revue gespielt.

Die Handlung spielt im Jahre 1972. Europa ist schon längst eine Kolonie des amerikanischen Hochkapitalismus geworden. Wieder einmal tritt der Fall ein (dessen Widersinn Leonard Nelson am klarsten und eindringlichsten aufgezeigt hat), daß zur Rettung der Demokratie — die Demokratie von den Demokraten beseitigt wird. Das heißt, die Demokraten sind natürlich nur Marionetten. Der „kleine Mann aus dem Volke“ ist als Minister nur ein notwendiges Uebel, den die unsichtbaren politischen Schieber (Großkapitalisten und Kirchenvertreter) zur Verschleierung brauchen und der öfters einmal vom Volkszorn „zum Umtausch“ hinweggefegt werden kann.

Der Milliardär Percy, der sich den Generalstitel genau so „erworben“ hat, wie in Europa die Großkapitalisten den Dokortitel bekommen, hat seine riesigen Mittel in einer europäischen Republik angelegt. Aber im Lande ist Unruhe, europäischer Bürgerkrieg, und das ist immer eine unsichere Geschäftslage. Als guter Kaufmann will er sicher gehen

Der Vorstand der SPD und ihrer Reichstagsfraktion hat folgenden Aufruf herausgegeben:

„Arbeitendes Volk! Republikaner! Im Kabinett Hitler — Papen — Hugenberg ist die Harzburger Front wieder auferstanden. Die Feinde der Arbeiterklasse, die einander bis vor wenigen Tagen sich auf das heiligste befriedeten, haben sich zusammengeschlossen zum gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiterklasse, zu einer reaktionären großkapitalistischen und großaristokratischen Konzentration. Die Stunde fordert die Einigkeit des ganzen arbeitenden Volkes zum Kampf gegen die vereinten Gegner. Sie fordert Bereitschaft zum Einsatz der letzten und äußersten Kräfte. Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung. Die politischen und sozialen Rechte des Volkes, die in Verfassung und Gesetz verankert sind, werden wir gegen jeden Angriff mit allen Mitteln verteidigen. Jeder Versuch der Regierung, ihre Macht gegen die Verfassung anzuwenden oder zu behaupten, wird auf den äußersten Widerstand der Arbeiterklasse und aller freiheitlich gesinnten Volkskreise stoßen. Zu diesem entscheidenden Kampf sind alle Kräfte bereitzuhalten. Undiszipliniertes Vorgehen einzelner Organisationen oder Gruppen auf eigene Faust würde der gesamten Arbeiterklasse

Parlamentarische Aktionen.

Ueber die erste Sitzung des neuen Reichskabinetts wird berichtet:

„Das neue Reichskabinett trat am Montag nachmittag zu seiner ersten Sitzung zusammen, in der der Reichskanzler Adolf Hitler auf die Bedeutung des Tages hinwies, an dem die Einigung der nationalen Kräfte Deutschlands durch die Bildung eines Kabinetts der nationalen Konzentration erreicht worden sei. Die Politik des Kabinetts dürfe den Ausbruch des Glaubens und Vertrauens, der heute im deutschen Volke spontan zum Ausdruck gekommen sei, nicht enttäuschen. Der Reichskanzler gab dann einen Ueberblick über die Grundsätze, nach denen er seine Politik zu führen gedenke, und über das Verhalten, das gegenüber dem Reichstag angewandt werden solle. Eine allgemeine Aussprache ergab eine völlige Uebereinstimmung der Ansichten.“

Ueber die Sitzung des Aeltestenrats erfahren wir:

„Der Aeltestenrat des Reichstages, der am Montag nachmittag unter dem Vorsitz von Präsident Göring tagte, beschloß entsprechend einem nationalsozialistischen Antrag, mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten, die nächste Vollsitzung des Reichstages spätestens am Dienstag, den 7. Februar, stattfinden zu lassen. Ein früherer Termin soll nur dann gewählt werden, wenn die Regierung den

Der Eid auf die Weimarer Verfassung.

Hindenburg hat Adolf Hitler und die anderen Mitglieder der Reichsregierung sofort auf die Weimarer Verfassung vereidigt. Das hat den Innenminister, Herrn Frick, nicht gehindert, einem Mitglied der Schriftleitung des „Völkischen Beobachters“ zur öffentlichen Verwertung zu erklären, und zwar hinsichtlich seiner Stellung:

„Die Richtung unserer Politik deckt sich mit unserer bisherigen nationalsozialistischen Stellungnahme zum Deutschen Reichstag.“

„Jedenfalls kann mit den wenigen Vollmachten nicht mehr regiert werden. Wir werden dem Reichstag ein Ermächtigungsgesetz vorlegen, das dieser entsprechend den Bestimmungen der Verfassung der Reichsregierung ausstellen soll. Wir brauchen diese Vollmachten, um das große

Das „Wunder von Konnersreuth“.

Nachdem es seit einiger Zeit um das sogenannte Wunder von Konnersreuth, Therese Neumann, merkwürdig ruhig geworden war, scheinen jetzt selbst in katholischen Kreisen Zweifel an der Echtheit der behaupteten Wunder aufzutreten. Nicht nur der katholische Religions-Psychologe Professor Wunderle weist darauf hin, daß sich „im Laufe der Entwicklung viele ungünstige Erscheinungen in Konnersreuth aufgetan“ haben, sondern auch der katholische Mediziner Dr. Görlich macht darauf aufmerksam, daß die vierzehntägige Beobachtung in Konnersreuth im Juli 1927 nicht hinreichend gewesen sei.

Daß Therese Neumann lange Jahre hindurch eine Unfallrente wegen Hysterie bezogen habe, müsse selbst den

und macht aus der Republik ein Königreich, genau so wie er Aktiengesellschaften aufkauft und Trusts gründet. Was wollen die Demokraten schon dagegen machen, denn nur Percy kann die Staatsanleihen finanzieren, und die Kirche (die auch 1972 noch eine große Rolle spielt) unterstützt Percys Pläne. Der politische Prälat spricht es offen aus (und diese Offenheit kann man eben nur im Theater erleben), daß für die Kirche die Staatsform von untergeordneter Bedeutung ist, wenn sie nur die Seelen rücksichtslos gewinnen kann. Darüber fällt der Verfassungsminister (ein typischer Sozialdemokrat) aus allen Wolken und ruft erschüttert aus: „Wo ich gerade auf Euch so felsenfest gerechnet hatte, und wo wir Euch die größten Opfer gebracht haben!“ — Trotz heftiger Gegenreden wird schließlich dieser gute Demokrat auch für die „große Sache“ gewonnen. Man macht es ihm schmackhaft. Der zum König ausersehene Prinz, ein einfältiger Pinsel, der ganz unter dem Einfluß seiner jesuitischen Erzieher steht, soll als Konzession an die Demokraten die „bürgerliche“ Tochter des Generals Percy heiraten, die Enkelin eines Schweineschlächters aus Chicago. — Schließlich muß doch die Demokratie gerettet werden, denn Diktatur bedeutet nach der Ansicht Percys Bolschewismus. Als aber die eigensinnige Tochter mit Hilfe von Börse und Staatsanleihegeschäften intrigiert und der Prinz mit nationalsozialistischen Gedankengängen herausrückt, erklärt der Prälat tiefinnig: „Wer Politik auf lange Sicht macht, liebt keine Überraschungen, selbst keine günstigen Überraschungen, denn sie bringen gewöhnlich nichts Gutes.“ Darum lassen die großen Schieber das Königprojekt wieder fallen und machen „den kleinen Mann aus dem Volke“ zu ihrem Staatspräsidenten.

Mit begrüßenswerter Deutlichkeit und Offenheit werden die kapitalistischen und kirchlichen Schieber bloßgestellt. So scharf und drastisch in dieser Richtung Sindbad auch Theater macht, so ist doch in benachbarter Richtung sein Horizont derart beschränkt, daß er von dem Treiben der

zum schwersten Schaden gereichen. Darum hier zur Eisernen Front! Nur ihrer Parole ist Folge zu leisten! Kaltblütigkeit, entschlossene Disziplin, Einigkeit und nochmals Einigkeit ist das Gebot der Stunde.“

In einem besonderen Leitartikel wendet sich der „Vorwärts“ der Frage der Einheitsfront zu. Der Artikel schließt:

„Keine Sonderparolen und Sonderaktionen! Keine falschen Einheitsfrontmanöver, sondern echte Einheit der Arbeiterklasse! Sie ist nur zu erreichen durch ehrliches Zusammenstehen in Not und Kampf!

Klassenkampf, nicht Bruderkampf!
Her zur Eisernen Front!
Proletarier Deutschlands, vereinigt euch!“

Die Kommunistische Partei erläßt einen längeren Aufruf, dessen entscheidende Stellen lauten:

„Die Kommunistische Partei Deutschlands wendet sich vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit mit diesem Aufruf zugleich an den ADGB, an den AFA-Bund, an die SPD und die christlichen Gewerkschaften mit der Aufforderung, gemeinsam mit den Kommunisten den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur der Hitler, Hugenberg, Papen, gegen die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, für die Freiheit der Arbeiterklasse durchzuführen!“

Wunsch hat, bereits vor Dienstag nächster Woche ihre Erklärung im Reichstag abzugeben. Anträge der Kommunisten und Sozialdemokraten auf sofortige Einberufung des Reichstages wurden gegen die Stimmen der beiden Parteien abgelehnt.“

Sowohl die kommunistische als auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschlossen am Montag, gegen die Regierung Hitler ein Mißtrauensvotum im Reichstag einzubringen.

Die Stellung des Zentrums, von der für eine parlamentarische Lösung natürlich viel für Hitler abhängt, ist bis jetzt noch nicht bekannt. Die Zentrumspresse äußert sich skeptisch zu der Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung.

Politik aus dem Glauben!

Göring sprach gestern im Rundfunk. Sein Programm: „Ein neues Kapitel beginnt, und auf diesem Kapitel wird stehen die Freiheit und die Ehre als das Fundament des kommenden Staates... Der ehrwürdige Feldmarschall aus dem großen Kriege, der Führer Deutschlands, an seiner Seite und unter ihm der junge Führer Deutschlands, der nunmehr wieder Volk und Reich zu neuen, besseren Zeiten führen wird.“

Werk, das wir mit Einsetzung aller Kräfte durchzuführen gewillt sind, nämlich die geistige und nationale Erneuerung unseres Volkes, endlich zur Tat werden zu lassen.“

Der Presse gegenüber erklärte Herr Frick auf die Frage, was geschehe, wenn die Regierung

im Reichstag ein Mißtrauensvotum

erhalte: Diese Frage sei geklärt; es bestehe aber kein Anlaß, sich dazu zu äußern. Die Verfassung werde eingehalten, ohne Staatsnotstand.

Ein Verbot der Kommunistischen Partei

so meinte Frick auf eine Anfrage, sei vom Kabinett abgelehnt worden. Wenn die KPD sich ihre Generalstreik-Parole allerdings nicht anders überlege, werde man gegen den Generalstreik mit schärfsten Mitteln vorgehen.

gläubigen Katholiken stutzig machen. Auch der Chefarzt des Dreifaltigkeitshospitals in Lippstadt kommt in einer längeren Abhandlung zu dem Ergebnis, daß die Beobachtung in Konnersreuth in keiner Weise im Stande sei, die berechtigten Zweifel zu zerstreuen. Außerhalb von Konnersreuth will sich Therese Neumann aber bekanntlich nicht untersuchen lassen, wegen „Eingebung einer inneren Stimme“.

Der Eisenbahnerstreik in Nordirland.

Die nordirischen Eisenbahner sind geschlossen in den Streik getreten. Die Eisenbahngesellschaft hofft, den Verkehr auf den wichtigsten Linien mit Hilfe von Studenten und Hilfsarbeitern aufrechtzuerhalten — was, wenn die Arbeiter wollen, höllisch gefährlich sein kann!

Militärs und Junker anscheinend gar nichts sieht. — Wer merkt die Absicht?

Sowohl Theaterbesucher noch kritisch denken können (trotz der Vernebelung durch die nationalistische Presse) und diese Absicht auch nur ahnen, müssen sie verstimmt werden, und der „tiefere Zweck“ der Komödie wird verfehlt. — Derartiges Theaterspielen ist, wie man sieht, ein zweischneidiges Schwert.

Die derbe Nazisprache wird zwar einfältige Menschen betören (z. B. wird in einem anderen, in Weimar kürzlich aufgeführten Lustspiel ein biederer Schneider aus der Provinz durch reinen Zufall in den Landtag gewählt und auch gleich zum Ministerpräsidenten gemacht; er entschuldigt sich bei seiner erschrockenen Frau mit den Worten: „Ja, das kann doch heute jedem passieren!“), und die Landtagsdiener erklären sachverständig: „der größte Ochse wird Ministerpräsident“); für denkende Menschen wird das alles aber nur Theater bleiben — oder aber die Notwendigkeit einer von „Demokratie“ und Diktatur befreiten Staatsform beweisen.

O. Pfotenhauer.

Das Volk der Dichter.

M. H. Heute ist das Volk der Dichter auf den Hund gekommen; es wendet diese edle Gabe zu schlechter politischer Reimerei an — wie an fast jedem Zaun zu lesen ist. In einem kleinen Dorf der Rhön fand ich folgenden Disput in Versen an einem Zaun: neben einem Christus-Kreuz:

„Von der Ostsee bis zur Schweiz,
Erkennt man den Ochsen am Hakenkreuz.“

Darunter stand in ebenso ungelinker Schrift:

„Verbesserung:
Diese Sache ist gar nicht fein,
Sie kann auch nur vom Zentrum sein.“

Jedenfalls wird die politische Zusammensetzung des Dorfes dem Besucher gleich vorgeführt!

Italien, das Land der Sehnsucht für deutsche Kapitalisten. / Kapitalistische Planwirtschaft im Aufbau.

Während in Deutschland der Staatskapitalismus erst im Aufbau begriffen ist — über einige Schritte dazu berichteten wir in Nr. 307 — ist in Italien die Rolle des Staates in der kapitalistischen Wirtschaft schon weitgehend gefestigt. Wie stark der staatliche Einschlag in den privaten Kapitalismus dort ist, zeigt sich deutlich in dem Dekret vom 21. Januar über das „Institut für den industriellen Wiederaufbau“. Dieses Institut ist die sechzehnte Gründung dieser Art in Italien. Es ist eine Staatseinrichtung. Sein Präsident wird vom Chef der Regierung im Einvernehmen mit dem Finanz- und Korporationsminister bestellt (das Korporationsministerium ist zuständig für die faschistischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände; zur Zeit hat Mussolini selber dieses Amt inne).

Das neue Institut besteht aus zwei selbständigen Abteilungen: der Abteilung für Industrie-Finanzierung und der Abteilung für industrielle Demobilisierung.

Zunächst ist die zweite Abteilung die wichtigere. Ihr steht ein Verwaltungsrat vor, der aus drei Mitgliedern besteht, die sämtlich vom Finanzminister ernannt werden. Der Staat gibt für Sanierungszwecke bis zum Jahre 1953 (!) jährlich 85 Millionen Lire (19 Millionen Mark) Zuschüsse, außer den bereits im Haushalt eingesetzten 200 Millionen Lire (44 Millionen Mark). Die Abteilung für industrielle Demobilisierung soll das bisherige staatliche Liquidationsinstitut bei der Banca d'Italia (der Notenbank) ersetzen, das von dieser Bank Ende 1932 rund 2 Milliarden Lire (440 Millionen Mark) Kredite erhalten hatte und das von Mussolini einmal kurz und treffend als „Sanatorium für die Banken“ bezeichnet wurde.

Die öffentliche Hand reicht mit Hilfe des neuen Instituts weit über die Banken hinaus, in die Industrie hinein.

Die Abteilung für Industrie-Finanzierung wird von einem Verwaltungsrat geleitet, der aus sechs Mitgliedern besteht, die vom Finanzminister im Einvernehmen mit dem Korporationsminister ernannt werden. Also auch hier restlose Herrschaft des Staates. Daß drei Verwaltungsratsmitglieder aus Vorschlägen der drei geldgebenden Institute — von denen gleich die Rede sein wird — ernannt werden, bringt keinen Hauch privaten Einflusses in das ganze System, weil ja auch jene Kassen vom Staat beherrscht werden. Die Abteilung wird nur mit einem Kapital von 100 Millionen Lire (22 Millionen Mark) ausgestattet, das zudem vorläufig nur zu 30 Prozent eingezahlt werden muß, und zwar von der Kasse für Depositen und Anleihen, von dem Nationalen Sozialversicherungs-Institut und von dem italienischen Versicherungs-Institut (der staatlichen Privatversicherung). Die Abteilung für Industrie-Finanzierungen hat die Ermächtigung, Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von mindestens 15 und höchstens 20 Jahren herauszugeben. Die Regierung hofft, daß diese Schuldverschreibungen ein beliebiger Anlagepapier für italienische Sparer werden. Für bestimmte Serien will sie eine besondere Staatsgarantie gewährleisten.

Der Wunsch der Regierung ist offenbar, die laufenden privaten Ersparnisse mit Hilfe dieser Schuldverschreibungen einzufangen und dann durch Vermittlung des Instituts für den industriellen Wiederaufbau in die dem Staat genehmen Kanäle zu leiten.

Das Institut darf der italienischen Privatindustrie Kredite auf die Dauer von höchstens 20 Jahren gewähren. Es handelt sich also keineswegs um das Zurverfügungstellen von Betriebskapital, sondern von Anlagekapital, laut Ziffer 8 des Dekretes „an Privatunternehmen italienischer Nationalität gegen geeignete Garantien und nur für ihre technische, wirtschaftliche und finanzielle Wiederherstellung“.

Vermutlich wird zunächst die Abteilung für industrielle Demobilisierung im Vordergrund stehen und für möglichst rasche Abwicklung der durch die Krise entstandenen Schwierigkeiten sorgen. Die Auszahlung der vorgesehenen Subventionen erstreckt sich zwar bis in das Jahr 1953; doch wird ausdrücklich durch Ziffer 14 des Dekretes die Möglichkeit eröffnet, Subventionen zu „diskontieren“, das heißt: vorzufinanzieren.

Später wird das Institut bereitstehen, um die italienische Wirtschaft zu „organisieren“, um sie durch Kredite an der Staatsleine zu halten.

Viele Wege führen nach Rom.

Das System von Maßnahmen, durch das der kapitalistische Staat in Italien in die Industrie eindringt, sieht zum Teil anders aus als das in Deutschland übliche. Die „Berliner Börsen-Zeitung“ hat an dem italienischen System ihre helle Freude. Sie verkündet ihren Lesern im Anschluß an einen Bericht über das neue Institut (in Nr. 38, vom 23. Januar) in Fettdruck, „daß der Faschismus zu einer kapitalistisch und privatwirtschaftlich autonom und gesund organisierten Methode der Industriestützung zurückfindet, die sowohl einen Staatssozialismus wie auch einen eigentlichen Staatskapitalismus durch die Einschaltung der Obligationenfinanzierung und des freien inneren Kapitalmarktes aus-schließen möchte“.

Sie belügt ihre Leser im Anschluß an diesen Freudenruf geradezu, indem sie nach der Feststellung, daß natürlich „im Rahmen des konföderativen Systems eine Staatsbeteiligung und halbstaatliche Organisation der Industrie als solche gewahrt“ bleibt, fortfährt: „Auch die Tatsache, daß sechs Mitglieder des Aufsichtsrats des neuen Institutes Bevollmächtigte des Finanz- und Wirtschaftsministeriums sein werden, verweist auf den starken Einfluß des Staates . . .“. Der Aufsichtsrat — in besserer Uebersetzung: Verwaltungsrat — der betreffenden Abteilung des neuen Instituts besteht überhaupt nur aus sechs Mitgliedern!

Den Kern des Ganzen hat die „Berliner Börsenzeitung“ aber richtig erfaßt. Mag sie es auch in noch so fettem Druck leugnen, daß es sich um keinen „eigentlichen Staatskapitalismus“ handelt. Nennen wir ihn ruhig „uneigentlichen Staatskapitalismus“. Das Eindringen des kapitalistischen Staates in die kapitalistische Wirtschaft ist in Italien jedenfalls so offenbar, daß er nicht geleugnet werden kann

Kapitalistische Planwirtschaft.

Das neue Dekret, von dem hier die Rede war, liegt ganz auf der Linie der bisherigen italienischen Industrie-Politik. Bereits Mitte November 1932 hat sich Mussolini als Korporationsminister vom Ministerrat das Recht übertragen lassen, daß er für die Errichtung neuer Industrieanlagen die Einholung der Genehmigung der Regierung verlangen kann. Bis dahin unterlagen bereits Industrieanlagen in Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern der Genehmigung der Regierung, die das Zusammenströmen der Bevölkerung in den Großstädten hemmen will; wer Auslandskredite benötigte, war an staatliche Zustimmung gebunden; notleidende Unternehmungen, die Hilfe vom Staat verlangten, wurden von ihm abhängig. Seit Mitte November wurde — was außerhalb Italiens wohl noch wenig bekannt ist —

die staatliche Kontrolle grundsätzlich auf alle gesunden Unternehmungen ausgedehnt, die ihre Anlagen erweitern wollen.

Diejenigen Sozialdemokraten, die eine „Kontrolle der Investitionen“ (Kontrolle der Neuanlegung von Kapital) wünschen, können also jetzt in Italien über die *technischen Möglichkeiten* einer solchen Kontrolle Studien machen (daß sie *der Sache nach* eine andere Politik treiben möchten als Mussolini, billigen wir ihnen natürlich gern zu).

Der Plan Mussolinis wird immer deutlicher und wird immer mehr in die Wirklichkeit umgesetzt: Alle industriellen Unternehmungen sollen sich in einen Wirtschaftsplan einordnen, den die Regierung aufstellt. Er zieht also offenbar kapitalistische Planwirtschaft, bei Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln,

der in Deutschland teilweise näherliegenden Lösung vor, daß der Staat weitgehend Eigentümer an Produktionsmitteln wird und als Kapitalist unter Kapitalisten wirtschaftet und ausbeutet. Um eine bessere Organisation der Ausbeutung handelt es sich in beiden Fällen.

Lernbegierige deutsche Kapitalisten.

Die deutschen Kapitalisten sind sicher gern bereit, von den italienischen zu lernen. Darum finden wir interessant, daß die „Berliner Börsen-Zeitung“ es „für deutsche Verhältnisse . . . außerordentlich interessant“ hält, „daß auch die italienische Sozialversicherung . . . zur unmittelbaren Industriestützung herangezogen wird“. Diese kapitalistische deutsche Zeitung schreibt bedauernd und wohl auch zukunfts-freudig: Italien habe „die Widerstände in Arbeitnehmerkreisen niemals zu überwinden gehabt, die sich einer gesunden Industriefinanzierung in Deutschland gerade im Lager der Sozialpolitiker herangebildet hatten“.

Wir sehen, was diese Herren sich unter einer „gesunden Industriefinanzierung“ vorstellen. Sagen wir es ganz deutlich:

Gesunde Industriefinanzierung, das bedeutet für diese modernen Raubritter, daß die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeiter durch Vermittlung der öffentlichen Hand kapitalistischen Bankrotteuren zur Verfügung stehen.

So ungefähr wird eine „fortgeschrittenere“ Form des Staatskapitalismus in Deutschland aussehen. Wird es noch gelingen, diesen „Fortschritt“ zu hindern?

Helmut Rauschenplat.

Ein mutiger Versuch in Schweden.

Der schwedische Staatshaushaltsplan für 1933/34.

Der soeben bekanntgewordene neue Voranschlag für den schwedischen Staatshaushalt der sozialdemokratischen, von der linken liberalen Gruppe abhängigen Regierung verdient besonderes Interesse. Denn er geht unter Aufgabe der bisherigen schwedischen Finanzpolitik, der strengen Anpassung der Ausgaben an die *vorhandenen* Einnahmen, neue Wege und nimmt zur Aufbringung der zur Ueberwindung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten erforderlichen Mittel in einem in Schweden bisher nicht üblichen Umfang den *Anleihemarkt in Anspruch*.

Der Voranschlag für das neue Rechnungsjahr *schließt* in Einnahmen und Ausgaben mit 1089 Millionen Kronen ab (100 Kronen = 77 Mark) und übersteigt somit den laufenden Etat um 133 Millionen Kronen.

Im Vordergrund des ganzen Etatswerks steht die Frage einer wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die Anordnung öffentlicher Arbeiten in größtmöglichem Umfang ist in Aussicht genommen. Für diese Zwecke sind im neuen Etat 160,5 Millionen Kronen ausgeworfen, die im Anleihewege beschafft werden sollen. Weitere 65 Millionen Kronen werden den werbenden Betrieben des Staates, in erster Linie der Staatsbahn zur beschleunigten Durchführung ihres Elektrifizierungsprogramms, zur Verfügung gestellt. Für die eigentliche, unterstützende Erwerbslosenfürsorge sind 35 Millionen Kronen in Ansatz gebracht. Der Gesamtanleihebedarf des Staates beträgt 240,9 Millionen Kronen gegenüber 100,27 Millionen Kronen im laufenden Etat.

Um etwaige Bedenken der Opposition zu zerstreuen, ist gleichzeitig für kurzfristige Tilgung der Anleihe Vorsorge getroffen worden. Ihre

Rückzahlung soll mit Hilfe der Einnahmen aus der Erbschaftsteuer erfolgen, deren Ertrag durch progressiv stärkere Heranziehung der Erbschaften und Schenkungen über 20 000 Kronen von zur Zeit 15 auf 40 Millionen Kronen erhöht wird.

Auf diese Weise würde bereits im laufenden Rechnungsjahr ein Viertel der Anleiheschuld getilgt werden können. Der Finanzminister glaubt nicht, daß die mit der Verwirklichung der Anleihepläne verbundene, relativ große Kreditausweitung die Währung oder die Stabilität des Preisstandes in Gefahr bringen wird. Sollten sich wider Erwarten unerwünschte Folgen ergeben, so seien als geeignete Gegenmaßnahmen Einfuhr- und Kreditrestriktionen ins Auge zu fassen.

Zur Freimachung der umfangreichen Mittel für die Erwerbslosenfürsorge waren bei den einzelnen Titeln des ordentlichen Haushalts große Abstriche erforderlich. Die buchmäßigen Einsparungen betragen insgesamt 74 Millionen Kronen, die tatsächlichen infolge der Uebernahme großer, an sich auf den ordentlichen Haushalt entfallenden Ausgabeposten auf den Anleihenfonds nur ungefähr 20 Millionen Kronen.

Eine Kürzung der Beamtengehälter ist auch in diesem Jahr nicht geplant. Am größten sind die Einsparungen beim Wehretat mit rund 20 Millionen Kronen.

Im Etat des Landwirtschaftsministeriums ist der Fonds zur Gewährung von Krediten an hartbedrängte Landwirte von 15 Millionen auf 10 Millionen Kronen herabgesetzt worden. Im Etat des Hofes ist die beantragte Apanage von 100 000 Kronen für den schwedischen Erbprinzen Gustav Adolf, der kürzlich die Koburger Prinzessin Sibylla heiratete, abgelehnt worden.

Der Ausgleich des Etats erfolgt durch Erschließung neuer Einnahmen in Höhe von insgesamt 33 Millionen Kronen, wovon allerdings 25 Millionen Kronen einmalige Einnahmen aus den Betriebsüberschüssen der Reichsbank (13 Millionen Kronen) und des Tabak- und Alkoholmonopols (12 Millionen Kronen) darstellen. Das verbleibende Defizit soll gedeckt werden durch

Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuer um 15 Millionen Kronen, der Alkohol-, Malz- und Tabaksteuer um 27 Millionen Kronen und der Erbschaftsteuer um 25 Millionen Kronen.

Der Kaffee, das naheliegendste, jedoch durch seine Bedeutung für die schwedische Arbeiterschaft politisch gewordene Steuerobjekt, ist auch in diesem Jahre verschont geblieben.

Kapitalisten protestieren . . .

Nach der Aufnahme, die der neue Etat in der schwedischen Öffentlichkeit gefunden hat, ist mit lebhaften parlamentarischen Auseinandersetzungen zu rechnen.

In dem überwiegenden Teile der bürgerlichen Presse findet der Etat schroffe Ablehnung.

Dabei richtet sich die stärkste Kritik gegen die Einsparungen am Wehretat und gegen die Verdreifachung der Erbschaftsteuer. Ausschlaggebend bei der parlamentarischen Behandlung des Budgets wird vermutlich die Haltung der Freisinnigen sein, die nach „Dagens Nyheter“ und „Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning“ zunächst kühl abwartend ist. Ernsthafte Bedenken werden von dieser Seite eigentlich nur gegen die Höhe der Anleihe wegen der damit angeblich verbundenen Gefahr für Währung und Preisniveau erhoben. Professor Bertil Ohlin gibt in „Stockholms Tidningen“ den neuen finanztechnischen Grundsätzen seine uneingeschränkte Zustimmung, hält den Etat jedoch für politisch sehr aggressiv. „Nya Dagligt Allehanda“ bezeichnet den Etat als gewagtes

Experiment mit einer gehörigen Dosis sozialistischer Theorie.

. . . und Herr Gustav Cassel.

In zwei längeren Aufsätzen nimmt Professor Cassel in „Svenska Dagbladet“ zum Budget Stellung. In seiner Kritik gegenüber der Finanzierung des großen Arbeitsbeschaffungsprogramms ist Cassel maßvoll. Er ist nicht grundsätzlich ablehnend, fordert jedoch wegen der befürchteten Auswirkungen der Kreditausweitung schon jetzt vorbeugende Maßnahmen, insbesondere Einfuhrbeschränkungen und stärkere Besteuerung des Konsums und zeigt damit, daß er — der internationale Obersachverständige der Kapitalisten — von Krisenbekämpfung nichts versteht. Was prophezeit er? Die Möglichkeiten einer Beeinflussung der Konjunktorentwicklung beurteilt er sehr pessimistisch, das Regierungsprogramm sei ein Experiment mit ungewissen und schwer übersehbaren Folgen. Bedenken erhebt Cassel gegen die volkswirtschaftliche Tendenz des Arbeitsbeschaffungsprogramms, insbesondere gegen das darin zum Ausdruck kommende Prinzip der übermäßigen Erweiterung der staatlichen Fürsorgetätigkeit, die — einmal zum Prinzip erhoben und wegen (!) der tarifmäßigen Entlohnung bei den öffentlichen Arbeiten — sich nur schwer abbauen lassen und daher bei nicht grundlegender Aenderung der Wirtschaftslage den Etat auf Jahre hinaus belasten werde. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm komme im übrigen in der Hauptsache den Bauarbeitern und, infolge Aufgabe des bisherigen Prinzips der geringeren Entlohnung von Notstandsarbeitern, der Aufrechterhaltung des ungewöhnlich hohen Lohnniveaus dieser Berufsgruppe zugute, das Cassel logischer Weise als Krebschaden der schwedischen Volkswirtschaft bezeichnet. Diese Unterstützungspolitik verhindere die so notwendige Anpassung des Lebensstandards und Lohnniveaus an die veränderte Wirtschaftslage.

Das Urteil des kapitalistischen Obersachverständigen über den Versuch sozialistischer Krisenbekämpfung in seiner Heimat — einen durchaus maßvollen und keineswegs radikalen Versuch, wie die schwedische Zeitung „Socialdemokraten“ mit Recht bemerkt — bestätigt uns nur, daß die schwedische Regierung auf dem richtigen Wege ist!